

EUROPA-USA: GEMEINSAME WERTE UND POLITISCHE REALITÄT

Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika werden immer wieder als Wertegemeinschaft dargestellt. Oft wird damit die Forderung verbunden, die Europäer müssten sich mit ihrer Außenpolitik jener der USA anschließen, so, als wäre eine Wertegemeinschaft gleichzeitig auch eine Interessensgemeinschaft. Hier soll daher zunächst aufgezeigt werden, wie die politischen Institutionen Amerikas aus dem Geist der europäischen Aufklärung entstanden sind. Dann geht es aber auch um die Frage, wie weit sich die grundlegenden Werte im Gleichklang oder unterschiedlich entwickelt haben. Gleichzeitig geht es darum, welche Interessenskonstellationen sich aufgrund der politischen Realitäten ergeben haben.

1. Die Entstehung der USA aus dem Geist der europäischen Aufklärung

Am Beispiel einiger prägender Gestalten der europäischen Aufklärung wie John Locke, Montesquieu oder Adam Smith soll zunächst aufgezeigt werden, wie weit diese jene Ideen von Regierung, Staat, Recht und Privateigentum entwickelt haben, die in der amerikanischen Revolution dann umgesetzt wurden.

John Locke (1632- 1704) hat in seinem Werk „Two Treatises of Government“ schon ausgeführt, dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie das Recht haben, nach Glück zu streben; und dass eine Regierung nur legitim ist, wenn sie die Zustimmung der Regierten besitzt. Die persönliche Freiheit und das Eigentum müssen geschützt werden. Da die Religion eine Gewissensfrage eines jeden einzelnen ist, müssen die Einflussphären von Kirche und Staat getrennt werden; es geht um Toleranz. All diese Ideen haben die Gründungsväter der Vereinigten Staaten ganz entscheidend beeinflusst.

Prägend für die Founding Fathers war auch die Lehre von Montesquieu (1689- 1755). Er analysierte den Aufstieg und den Fall des Römischen Reiches und kam in seinem Hauptwerk „Vom Geist der Gesetze“ zum Schluss, dass eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative am besten die Freiheit des Bürgers vor staatlicher Willkür schützen kann. Im Jahr der Unabhängigkeitserklärung, 1776, hat Adam Smith sein Werk über „The Wealth of Nations“ veröffentlicht. Er entwickelte darin eine Wirtschaftstheorie, aber auch eine Staatsphilosophie, die später wesentliche Bereiche der Vereinigten Staaten prägen sollte: der einzelne Mensch muss sein Leben selbst nach kritischen Maßstäben beurteilen. Jeder ist für sein Handeln verantwortlich. Adam Smith hat dann seine Philosophie auf das praktische Leben angewandt und kam zum Schluss, dass das wirtschaftliche Wachstum eine entscheidende Triebfeder des Wandels ist. Ganze Bibliotheken wurden darüber geschrieben, welche Rolle die von ihm angeführte „unsichtbare Hand“ dabei spielt. Jedenfalls kann man sagen, dass seine Lehren das politische und wirtschaftliche Denken und Leben in den USA ganz entscheidend geprägt haben.

Die Akteure der Amerikanischen Revolution kannten nicht nur die antiken Philosophen wie Platon und Aristoteles, sondern natürlich auch jene der europäischen Aufklärung. Praktisch wurde in Europa zunächst das angedacht, was dann in Amerika verwirklicht wurde. Der Glaube an die Vernunft, das Streben nach Freiheit und Fortschritt, die Betonung der Rechte der Menschen, all das wurde von den amerikanischen Gründungsvätern nicht nur niedergeschrieben, es wurden politische Institutionen geschaffen, die diese Ideale verwirklichen sollten.

Die weitgehend von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung übernimmt die von John Locke ausgearbeiteten Grundsätze des Naturrechts. Im Sinne der Aufklärung wird festgelegt, wann ein Volk das Recht hat, eine alte Regierungsform durch eine neue zu ersetzen. James Madison wiederum verankerte den Grundsatz der Gewaltenteilung in der Verfassung. Zusammen mit seinen Mitstreitern bei den „Federalist Papers“ Alexander Hamilton und John Jay setzte er sich für eine starke Zentralregierung ein. Dabei vertrat er politische Auffassungen, die sich wesentlich von jenen seines Freundes Thomas Jefferson unterschieden. Es ist beeindruckend, wie die beiden Freunde, trotz politischer Differenzen lange und eingehend die Grundzüge der neuen Verfassung und der politischen Institutionen diskutierten. Hier geht es darum, dass die Grundsätze der europäischen Aufklärung und deren Umsetzung in Amerika weitgehend eine Einheit bilden.

Gleichzeitig muss man aber feststellen, dass die weitere Entwicklung auf den beiden Kontinenten schon sehr bald unterschiedlich verlaufen ist. Der Amerikanischen Revolution gelang es, im Sinne der Aufklärung ein politisches Gemeinwesen zu schaffen, das den Bürgern das Recht einräumte, ihr Schicksal selber zu gestalten. In Europa führte die Aufklärung zur Französischen Revolution. Diese wurde dann von der Herrschaft Napoleons abgelöst; auch die Freiheitsbestrebungen von 1848/49 wurden blutig niedergeschlagen. Bis zur Erklärung der Grund- und Freiheitsrechte durch den Europarat im Jahre 1949 war es noch ein langer und blutiger Weg.

2. Werte und Interessen in den internationalen Beziehungen

Grundsätzlich kann man wohl sagen, dass sich die Frage, ob die Außenpolitik eines Landes werteorientiert oder interessenbezogen war, jahrhundertlang nicht gestellt hat. Außenpolitik war Machtpolitik. Die handelnden Fürsten glaubten alle an ihr „Gottesgnadentum“, also daran, dass der Monarch seinen Anspruch zu herrschen von Gottes Gnaden ableiten konnte. Die christlichen Untertanen wiederum wurden im Sinne des Heiligen Paulus dahingehend erzogen, dass „jede Macht von Gott“ kommt. Dann gab es immer wieder Religionskriege, aber auch diese waren von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen mitbestimmt.

Außenpolitik war Realpolitik. Der Zweck heiligte die Mittel. Es ging darum, die eigene Macht zu stärken. Damit wurden Verhaltensweisen, die man im privaten Bereich auf das schärfste verurteilte, im zwischenstaatlichen Verhalten nicht nur geduldet, sondern sogar verherrlicht. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ etwa verwandelte sich in eine Heldenverehrung für jene Feldherren und Soldaten, denen es gelang, am Schlachtfeld

möglichst viele Feinde zu töten. Im Mittelalter lehrten katholische Theologen noch die Unterordnung des Staates unter die Kirche. Entsprechend der Lehre der Neuzeit wurde der Fürst dann ein Souverän, der als Herrscher nach innen und nach außen nach freiem Ermessen schalten und walten konnte. Die auswärtigen Beziehungen sollten dazu dienen, die Macht des Monarchen zu stärken. Sie waren sein "Domaine réservé", so wie es auch bei uns noch bis in die jüngste Vergangenheit gelehrt wurde.

Leitmotiv der Außenpolitik war die Staatsräson. Demnach sollte ein Politiker von der Überlegung geleitet werden, das zu tun, was dem Staate nützt. Hinsichtlich der internationalen Beziehungen wurde die These aufgestellt, dass internationale Politik gleichbedeutend ist mit dem Existenzkampf der Völker. Ziel eines jeden Staates müsse es daher sein, sein Territorium zu vergrößern bzw. seine Herrschaft über fremde Völker und Gebiete auszuweiten. In diesem Sinne sollte sich Außenpolitik als Realpolitik an der Interessenslage des eigenen Staates ausrichten. Ohne Rücksicht auf den Menschen konnten dafür Machtmittel eingesetzt und Kriege geführt werden.

Auch die Religionskriege, die es immer wieder gab, waren nicht frei von machtpolitischen Überlegungen. Im Rahmen des 4. Kreuzzuges etwa kam es zur Verwüstung des ebenfalls christlichen Konstantinopels. Die Türken wurden in ihrem Kampf gegen die katholischen Habsburger vom französischen König, dem „christlichsten aller Herrscher“, unterstützt. Und im 30-jährigen Krieg kämpfte Frankreich, damals unter Führung des katholischen Kardinals Richelieu, auf der Seite der Protestanten.

Hier geht es aber nicht um Geschichte, sondern darum, ob und wie weit Werte oder Interessen die Außenpolitik eines Landes auch heute bestimmen. Bis in die jüngste Vergangenheit war die Antwort ganz eindeutig: es ging ausschließlich um Interessen. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs kämpften der deutsche Kaiser und der russische Zar gegeneinander. Beide waren nicht nur nahe miteinander verwandt, sie glaubten auch an ihre göttliche Sendung. Nach dem Zweiten Weltkrieg saßen in Jalta und in Potsdam die Sieger an einem Tisch, die total unterschiedliche Weltanschauungen vertraten. Und im Kalten Krieg, der zweifellos sehr stark ideologisch geprägt war, verbündeten sich die USA auch mit Diktatoren in Lateinamerika, in Ostasien, und in Afrika.

Daraus ergibt sich eine sehr klare Schlussfolgerung: eine Interessensgemeinschaft muss keine Wertegemeinschaft sein. Auch der umgekehrte Schluss gilt: innerhalb einer Wertegemeinschaft muss man nicht immer dieselben Interessen vertreten, wie auch die zahlreichen Machtkämpfe innerhalb von politischen Parteien, die auch Wertegemeinschaften sind, zeigen.

Das gilt es zu beachten, wenn betont wird, Europa und die USA bilden eine Wertegemeinschaft. Offensichtlich sollten die Europäer angehalten werden, stärker die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen Amerikas zu unterstützen. Dabei gilt es, einen Wesenszug der amerikanischen Außenpolitik zu beachten: diese zielt in wesentlichen Bereichen auf die Umsetzung innenpolitischer Interessen. Das sind vor allem wirtschaftliche Interessen, aber auch die Verwirklichung „amerikanischer Werte“ wird als Ziel proklamiert.

So rechtfertigt Washington seine Bestrebungen um „Regime Change“ damit, dass Demokratien prinzipiell friedlich sind und keine Kriege gegeneinander führen. Hier soll untersucht werden, welche Werte bzw. Interessen der US- Außenpolitik zu Grunde liegen und wie sich das europäische Wertesystem entwickelt hat.

3. Das Sendungsbewusstsein der USA

Die Amerikaner glauben an den „American Exceptionalism“, daran, dass sie eine auserwählte Nation sind, dazu bestimmt, die Welt zu führen. Dieser Glaube war schon tief verwurzelt im Denken der Gründungsväter und geht zurück auf das puritanische, calvinistische Denken. George W. Bush war nicht der erste, der von einer „Achse des Bösen“ sprach. Schon Oliver Cromwell erklärte 1656 den Kampf gegen die „Achse des Bösen“ zu einer entscheidenden Aufgabe Englands. Gleichzeitig stellte er fest, dass der Kampf für Gott und für englische Interessen deckungsgleich sind. Knapp 50 Jahre später erklärte John Churchill, der 1. Duke of Marlborough, nach der siegreichen Schlacht von Höchstädt, „We did it for the Liberty of Europe“. Mag schon sein. Aber damit erhielten die Engländer nach dem Sieg im Spanischen Erbfolgekrieg, zu dem diese Schlacht entscheidend beigetragen hatte, militärische Stützpunkte auf der ganzen Welt, wie etwa Gibraltar, und das Monopol im transatlantischen Sklavenhandel.

Schon einer der ersten Gouverneure von Massachusetts, John Winthrop, sprach von Amerika als der „shining City upon the Hill“, einem Modell an christlichen Tugenden, welches die Menschheit im christlichen Geiste führt. Sowohl in der Literatur als auch in der Politik hat sich dieses Denken bis heute erhalten.

Jedenfalls ist es bei der Analyse der amerikanischen Außenpolitik immer wichtig, den Nebelschleier euphorischer Phrasen zu durchleuchten, um dann zur Realität vorzustoßen. Bis heute gilt die Außenpolitik von Präsident Woodrow Wilson als besonders idealistisch. Er führte die USA in den Ersten Weltkrieg, „um alle Kriege zu beenden“ und „um die ganze Welt reif zu machen für die Demokratie“. Tatsächlich gewann Wilson aber seinen Wahlkampf mit dem Versprechen, sein Land aus dem Krieg in Europa herauszuhalten. Erst als der Sieg Großbritanniens gefährdet schien und damit die von den USA gewährten Kriegskredite wackelten, traten die USA in den Ersten Weltkrieg ein. Dabei hat schon die Propaganda im Ersten Weltkrieg gegen „den Kaiser“ gezeigt: ein Gegner der USA wird immer auch zu einem ideologischen Feind hochstilisiert.

Nach dem Sieg im Kalten Krieg konnten die USA zu Recht darauf verweisen, die Europäer neuerlich vor einer totalitären Ideologie gerettet zu haben. Dieser Sieg bestätigte das amerikanische Sendungsbewusstsein. Einige gingen sogar soweit, vom „Ende der Geschichte“ zu sprechen, da sich die amerikanischen Werte von Demokratie und Marktwirtschaft überall durchgesetzt hätten.

Durch diesen Sieg haben sich vor allem auch die Neokonservativen, die in der außenpolitischen Diskussion der USA eine große Rolle spielen, bestätigt gesehen.

Ihnen geht es darum, amerikanische Werte auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Der Einmarsch im Irak und der Sturz von Saddam Hussein hätten in diesem Sinne jene demokratischen Strukturen schaffen sollen, die dem ganzen Nahen Osten als Vorbild gedient hätten.

Zum „Ende der Geschichte“ ist es nicht gekommen. China hat die Globalisierung der Wirtschaft zu einem ungeahnten Aufschwung und damit zu einer neuen Machtposition genutzt. Russland hat sich vom drohenden Zerfall in den 1990er Jahren erholt. Und mit dem islamischen Terror ist weltweit eine neue Gefahr entstanden.

Daraus haben manche den Schluss gezogen, dass sich andere Länder, insbesondere die Demokratien Europas, bedingungslos dem amerikanischen Führungsanspruch unterwerfen müssen, um diese neuen Herausforderungen zu meistern. Nicht unwesentlich dabei ist, dass auch auf dem „alten Kontinent“ entscheidende Veränderungen stattgefunden haben, nämlich eine Revolution in der europäischen Diplomatie.

4. Die Revolution in der europäischen Diplomatie

In den Beziehungen der europäischen Staaten untereinander hat eine Revolution stattgefunden, die auf den Europarat zurückgeht und zunächst die westeuropäischen Staaten umfasste. Durch diese Revolution haben sich die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa in den letzten zwei Generationen mehr verändert als in den Jahrhunderten vorher. War Außenpolitik traditionell Machtpolitik, so dient sie in Europa nunmehr der Förderung der Wohlfahrt der Bürger.

Dieser Wandel entspricht nicht nur den Grundsätzen der offiziellen Außenpolitik, diese neue Zielsetzung erwarten sich auch die Bürger. Wenn man die Menschen von Österreich bis Finnland und von Portugal bis Dänemark die Frage stellt, ob wir durch internationale Zusammenarbeit Arbeitsplätze schaffen, die Umwelt schützen und die Menschenrechte verwirklichen; oder ob wir Kriege gegen unsere Nachbarn führen sollen, um die Macht des eigenen Landes zu vergrößern, dann ist die Antwort wohl klar. Seit der Gründung des Europarates wurden die gemeinsamen Werte, wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Konfrontation wurde abgelöst durch Kooperation; „Warfare“ durch „Welfare“. Die Abstützung auf Macht wurde ersetzt durch ein Rechtssystem, zu dem sich die Mitglieder des Europarats bekennen.

Diese Revolution hat eine neue, besondere Stellung Europas in der Welt begründet: Europa wurde ein Kontinent des Friedens und der Menschenrechte; Europa wurde führend in wesentlichen Bereichen, in der Sozialpolitik, im Umweltschutz, in der Entwicklungshilfe. Jetzt wird immer wieder der Einwand erhoben, Europa gelte nichts mehr in der Welt, weil unsere Außenpolitik zu wenig militärisch abgestützt ist. Diese Argumentation ist durch und durch an der Vergangenheit orientiert. In der Geschichte galten jene als „Groß“ - von Alexander den Großen über Friedrich den Großen bis Napoleon - die ohne Rücksicht auf Verluste andere Länder eroberten, Kriege führten

und dadurch die Macht ihres eigenen Landes stärkten. Aber kann man heute sagen, Europa gelte nichts mehr, weil die Europäer nicht mehr über andere Länder herfallen, nicht mehr erobern oder zerstören? Diese Auffassung ist wohl überholt. Der seinerzeitige serbische Staatspräsident Milosevic, der dies versuchte und seinen Nachbarn den Krieg erklärte, wurde nicht Milosevic der Große genannt, sondern vor ein Kriegsgericht in Den Haag gestellt.

Die Grundlage der Außenpolitik der EU - Mitglieder untereinander war nicht mehr „national Security“, sondern „human Security“. Gerade die Covid-Pandemie zeigte dann, dass das ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung war. Heute ist internationale Sicherheit nur mehr zu einem geringen Teil militärisch begründet. Sicherheit heute umfasst vielmehr all jene Aspekte, die den Bürger, die Bürgerin im Wohlfahrtsstaat berühren: der Wohlfahrtsstaat hat eine internationale Dimension erhalten. Es geht um die Sicherheit der Lebensbedingungen, um die Sicherheit der Währung, um die Sicherheit der Gesundheit und um die Sicherheit der Umwelt. Es geht um Menschenrechte, Bildung und Ausbildung.

Diese Sicherheitsfragen lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Sie erfordern viel mehr internationale Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen. Analog dazu hat sich auch die Struktur der Macht geändert: diese wird heute von einer Vielzahl von Playern ausgeübt, weit über die staatlichen Akteure hinaus. Unzählige NGOs, internationale Konzerne, Medien, ja private Akteure sind auf den Plan getreten und haben somit zu einer Aufsplitterung der Macht entscheidend beigetragen.

Angesichts dieser Entwicklung muss die Frage erlaubt sein, ob die Aufklärung nicht die Seiten gewechselt hat. In den Beziehungen der europäischen Länder untereinander hat das Recht die Macht als Handlungsgrundlage abgelöst. In der US-Außenpolitik herrscht nach wie vor der Grundsatz: „Foreign Policy without the backing of the Military is like a base-ball game without a baseball bat“. Dementsprechend gibt es starke amerikanische Stimmen, die auch für Europa den amerikanischen Weg der Aufrüstung und der militärischen Stärke propagieren. Demgegenüber sollten die Europäer selbstbewusst genug sein, ihr Modell als Vorbild für die internationalen Beziehungen in der Welt von morgen zu präsentieren.

5. Der Ukraine -Krieg hat Europa auf den Kopf gestellt

Zunächst muss man festhalten, dass schon für jene Staaten, die der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als das „Neue Europa“ bezeichnete, die europäische Integration eine andere Bedeutung hatte als für jene, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen hatten, den europäischen Einigungsprozess zu starten. Während Deutschland und Frankreich bereit waren, nationale Souveränität abzugeben, um nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen in wesentlichen Bereichen gemeinsame Lösungen zu finden, wollten Polen und Balten, die im Rahmen der Europäischen Union neu gefundene Souveränität ausbauen, um gegen Russland neue Stärke zu zeigen.

Tatsächlich haben die Völker Osteuropas sowohl unter den Zaren als auch unter den Sowjets immer wieder Verfolgungen erlitten. Während also in Westeuropa Versöhnung angesagt war, sah man im Osten die Möglichkeit, Revanche zu nehmen. Daher ist auch die von Deutschland gegenüber Russland eingeleitete Verständigungspolitik, ausgedrückt durch den Bau neuer Öl-Pipelines, in Polen immer wieder auf Kritik gestoßen. Im Osten und im Westen Europas sind doch grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen darüber entstanden, wie die Sicherheit des Kontinents gewährleistet werden kann. Während in Frankreich immer wieder das Projekt einer „Europa-Armee“ entwickelt wurde, baute man im Osten ausschließlich auf eine Verteidigung unter amerikanischer Führung, auf die NATO.

Diese Vorstellungen trafen sich voll und ganz mit jenen in Washington, wonach auch frühere Mitglieder des Warschau-Paktes in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis aufgenommen werden sollten. Dabei war man bereit, dieses an die Grenzen Russlands heran zu schieben. Zwar gab es auch in den USA Stimmen, die die Auffassung des früheren finnischen Staatspräsidenten Matti Ahtisaari teilten, eine NATO - Erweiterung sollte mehr Stabilität und nicht mehr Instabilität für eine Region bedeuten, aber schon in der Clinton- Administration setzten sich jene durch, die sich für eine NATO- Osterweiterung ausgesprochen hatten.

Selbst der sehr Amerika-gefüge damalige russische Präsident Boris Jelzin hat dann vor einem „Kalten Frieden“ gewarnt. Als dann Polen, Ungarn und die Tschechische Republik 1999 in die NATO aufgenommen wurden, betrachtete Moskau das als feindlichen Akt, als einen Versuch, das eigene Land einzukreisen. Mit der Gründung eines gemeinsamen „Russland-NATO-Rates“ versuchte man zwar, die Situation zu beschwichtigen, aber Moskau berief sich immer wieder auf Zusagen im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands, wonach die NATO „nicht einen Inch“ nach Osten erweitert würde. Ein Versuch von Präsident George W. Bush, am NATO- Gipfel in Bukarest 2008, auch die Ukraine und Georgien in das Bündnis einzubeziehen, stieß damals noch auf den Widerstand von Frankreich und Deutschland, die eben eine Eskalation gegenüber Moskau verhindern wollten.

Die weitere Entwicklung zeigt eines sehr deutlich: So sehr eine Verteidigungsgemeinschaft den „Schutz gemeinsamer Werte“ darstellen mag, eine militärische Organisation hat jedenfalls auch eine machtpolitische Dimension, die sehr stark von ihrer Größe und der Zahl ihrer Mitglieder bestimmt wird. Russland und die Ukraine waren nicht nur jahrhundertlang durch eine gemeinsame Geschichte verbunden, geopolitische Analysen von verschiedenen Seiten haben gezeigt, dass jene Macht einen entscheidenden Vorteil über andere Länder besitzt, die die Oberhoheit über die Ukraine, verbunden mit den asiatischen Kernrändern, ausübt. Zu dieser Überzeugung kamen sowohl Zbigniew Brzezinski als auch die RAND Corporation in einer Studie aus dem Jahr 2019.

So sehr also seitens des Westens betont wurde, die Ukraine müsse das Recht haben, sich für die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft entscheiden zu können, so verweist Russland auf sein Recht, dort der Gefährdung der nationalen Sicherheit entgegentreten zu können, wo diese durch die Aufstellung von Raketen an seinen Grenzen gefährdet ist.

Jetzt kann man natürlich sagen, „das darf nicht sein“. Aber wenn ein Land davon überzeugt ist, auf politischer Ebene und durch Verhandlungen eigene Interessen nicht durchsetzen zu können, kommt eben Clausewitz zum Tragen, der gesagt hat, „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Dieser Grundsatz war auch im Westen immer anerkannt. Als der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow, 1962 auf den irren Gedanken kam, auf Kuba, gerade 100 Meilen vor der amerikanischen Küste, Atomraketen aufzustellen, verlangte der amerikanische Präsident John F. Kennedy, dass diese sofort wieder abgezogen werden. Die Möglichkeit eines Atomkrieges stand im Raum. Jeder im Westen verstand, dass es den USA darum ging, elementare nationale Interessen sicherzustellen.

Im Herbst 2021 verlangte Russland, in einer analogen Situation, Gespräche darüber, dass keine NATO-Raketen in der Ukraine aufgestellt werden. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte dazu später stolz, man habe die Wünsche Moskaus „nicht einmal ignoriert“. Als dann im Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine einmarschierten, um den russischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, sprachen alle westlichen Regierungen von einem „unprovoked war of aggression“. Alle führenden westlichen Medien übernahmen diese Diktion. Mehr noch: Präsident Putin wurde alleine für den neuen Krieg verantwortlich gemacht; der Ukraine wurde volle Unterstützung zugesagt, da es darum ginge, „die Werte von Freiheit und Demokratie“ gegen die russischen Aggressoren zu verteidigen, „as long as it takes“. Der Krieg in der Ukraine wurde von der westlichen Propaganda zu einem klaren Fall eines Kampfes zwischen „Gut“ auf der einen Seite und „Böse“ auf der anderen Seite, zu einer moralischen Frage hochstilisiert.

Nun kennen wir seit den antiken Philosophen die Diskussion darüber, „Was ist ein gerechter Krieg?“. Seit dem Zerfall der Sowjetunion war den USA daran gelegen, dass Länder, die damals unabhängig wurden, nicht in die russische Einflussosphäre zurückfallen können. Gewaltige Hilfsmittel flossen in die Region, eine NATO-Mitgliedschaft sollte die neue politische Ausrichtung sicherstellen und dafür sorgen, dass die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft nicht von außen infrage gestellt wird. Dass gleichzeitig Versuche unternommen wurden, auch in Russland einen „Regime-change“ herbeizuführen, hat nicht gerade zur gegenseitigen Vertrauensbildung beigetragen. Aber überall dort, wo der Westen hervorhob, die eigenen Werte voranzutreiben, sah Moskau die eigenen Interessen schwinden. Dies insbesondere auch deshalb, weil man auch dann, wenn man von Werten spricht, eigene Interessen verfolgen kann.

Die Überzeugung westlicher Regierungen, dass in der Ukraine für westliche Werte gekämpft wird, hatte gewaltige Auswirkungen: Aus dem Friedensprojekt EU wurde eine Kriegsallianz; massive Wirtschaftssanktionen gegen Russland führten dazu, dass Europa von billigen russischen Rohstoffen abgeschnitten wurde; die USA konnten ihren langjährigen Wunsch, das eigene Flüssiggas in Europa zu verkaufen, durchsetzen. Europa begab sich im Rahmen der neu gestärkten Wertegemeinschaft in eine sehr starke Abhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten.

6. Werte und Interessen in einer multipolaren Welt

6.1. Die Welt wurde multipolar

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte noch ein Drittel der Weltbevölkerung in Europa und Nordamerika. Wenn die Zahl der Menschen auf der Erde in den nächsten 50 Jahren auf 10,5 Milliarden steigen wird, dann wird der Anteil der Länder der Europäischen Union auf 3,7 % zurückgehen; jener der Vereinigten Staaten wird bei 3,9 % liegen. Der Anteil Chinas würde bei 12 % liegen; in Indien würden dann 250 Millionen Menschen mehr leben als heute und der Anteil des Subkontinents an der Weltbevölkerung wäre dann 15,6 %. Besonders dramatisch ist der Bevölkerungsanstieg in Afrika: dort lebten 1950 nur 7,1 % der Weltbevölkerung, in 50 Jahren werden es 27 % sein.

Dramatisch ist auch die Veränderung der wirtschaftlichen Leistung der einzelnen Länder: nach dem Zweiten Weltkrieg erzeugten die USA die Hälfte der Wirtschaftsleistung der ganzen Welt. Gemessen an der Kaufkraftparität soll der Anteil der US-Wirtschaft von heute 16 % bis 2070 auf 12 % fallen; jener der EU-Länder von 15 % auf 9 %. Der Anteil Chinas, der heute bei 18 % liegt, soll hingegen auf 20 % steigen.

Sollte diese Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt, also zu mehreren Machtzentren, nicht ein Ansporn dahingehend sein, dass Europa und die USA gemeinsam versuchen, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen? Zweifellos. Aber wie weit ist eine Zusammenarbeit mit einem Land wie den USA möglich, das in allen Fragen einen absoluten Führungsanspruch erhebt, keine Beeinträchtigung der eigenen Souveränität duldet und internationale Organisationen nur zur Durchsetzung der eigenen Interessen akzeptiert?

Donald Trump wurde oft als „einsamer Irrer“ dargestellt, weil er sein Land aus mehreren multilateralen Abkommen zurückgezogen hat, wie dem Trans-Pazifischen Handelsabkommen; den Nuklear - Vereinbarungen mit dem Iran oder dem Pariser Klimaabkommen. Tatsächlich verfolgte er damit eine außenpolitische Linie, die von Washington immer wieder eingeschlagen wurde. Schon lange vor der Präsidentschaft Trump hat John Fonte das Buch „Sovereignty or Submission“ geschrieben und darin klar aufgezeigt, wie viele Amerikaner die gegebenen Alternativen sehen: es geht um die Erhaltung der eigenen Souveränität um jeden Preis; alles andere wäre eine Unterwerfung unter das Diktat der internationalen Organisationen. Die eigene Handlungsfähigkeit in Politik und Wirtschaft, Kultur, Religion und Rechtsprechung muss genauso erhalten werden wie die eigene nationale Identität. Damit dies gelingt, müssen die USA die einzige militärische Supermacht bleiben.

Angesichts einer solchen Haltung stellt sich die Frage: ist eine echte Partnerschaft mit den USA möglich? Schon der seinerzeitige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprach davon, dass sich die USA ihre Bündnispartner nach dem jeweiligen Anlass und der gegebenen Nützlichkeit aussuchen würden. Dabei schrieb er das „alte Europa“ ab und setzte seine Hoffnungen auf die neuen, vom Kommunismus befreiten Länder.

Kann man von einer echten Partnerschaft sprechen, wenn eine Seite die Spielregeln nach den eigenen Zielvorstellungen festlegt, sowohl für sich als auch für die anderen? Wenn Präsident Biden zu einer „Allianz der Demokratien“ in einer nunmehr multipolaren Welt aufgerufen hat, muss man sich überlegen, ob eine solche Allianz zu mehr Einheit oder zu einer größeren Spaltung in der Welt führt? So erfreulich es ist, wenn immer mehr Staaten ihr politisches System demokratisch ausrichten, so sollte man doch darüber nachdenken, ob eine solche Entwicklung durch mehr Druck von außen erreicht werden kann, oder eher durch eine Vorbildfunktion, wie sie die Europäische Union die längste Zeit ausgeübt hat.

6.2. Die Haltung der USA zur Einigung Europas

Grundsätzlich kann man sagen, die USA unterstützen die europäische Einigung dort, wo sie glauben, ein Vereintes Europa würde sich in einer atlantischen Partnerschaft ein- bzw. unterordnen. Das war schon der Fall, als sich Washington nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der OEEC (Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit) dafür einsetzte, die Marshall-Plan-Hilfe zu koordinieren, den Handel und den Zahlungsverkehr auf dem alten Kontinent zu erleichtern, um damit eine künftige Freihandelszone zu fördern. Viele sahen in einer Akzeptanz des amerikanischen Führungsanspruchs keine Nachteile, jedenfalls keinen Widerspruch zu konkreten Vorteilen für europäische Länder. Schon von Jean Monnet, einem entscheidenden Vorkämpfer der europäischen Einigung, wird gesagt, dass er für Ratschläge seitens der amerikanischen Politik sehr offen war. Etwas anders sah ein anderer großer Europäer, Jacques Delors, das transatlantische Verhältnis, als er einmal feststellte: „Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der USA ein und vertrauen darauf, dass sich die Amerikaner nicht in europäische Angelegenheiten einmischen“. Aber so einfach ist es offensichtlich nicht.

Immer wieder gab es starke Kräfte, die einen amerikanischen Führungsanspruch in Europa bejahten, insbesondere bei Sicherheitsfragen. Aber es gab auch immer andere Bestrebungen. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle etwa war 1963 bemüht, mit dem Elysée Vertrag die französischen Vorstellungen von einem Vereinten Europa mit Unterstützung Deutschlands durchzusetzen. Aber der Deutsche Bundestag bestand letztlich darauf, in der Präambel zum Vertrag auf die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für die Bundesrepublik hinzuweisen.

Tatsächlich hängen die Beziehungen europäischer Länder zu den Vereinigten Staaten sehr stark von ihrer jeweiligen eigenen Geschichte ab. Polen etwa hat immer einen Beschützer gegen Russland gesucht. Vor 200 Jahren war das Napoleon, später die Republik Frankreich, heute sollen die USA und die NATO den Schutz gegen den „Erzfeind“ aus dem Osten bieten.

Immer wenn die Europäer bei politischen oder wirtschaftlichen Fragen unterschiedliche Meinungen haben, ist es für die USA möglich, diese Spaltung auszunutzen. Wie dargelegt sprachen sich beim NATO- Gipfel 2008 in Bukarest

führende Exponenten der Europäischen Union gegen eine Osterweiterung des Bündnisses aus. Man wusste, dass NATO-Truppen an der russischen Grenze nicht zu mehr Stabilität, sondern zu mehr Spannungen führen würden. Polen und die baltischen Länder hingegen wollten eine NATO- Mitgliedschaft, die von den USA dann auch durchgesetzt wurde.

Ähnlich uneinig waren sich die europäischen Regierungen gegenüber dem Projekt North Stream2, lange bevor es in die Luft gesprengt wurde. Dabei ging es darum, Deutschland mit russischem Erdgas über eine dafür errichtete Pipeline direkt zu versorgen. Die Amerikaner hingegen wollen ihr eigenes Gas, wenn auch zu höheren Preisen, auch in Europa verkaufen, um „Europa vor einer zu großen Abhängigkeit von Russland zu schützen“. Tatsächlich sollte Russland geschwächt und Deutschland von amerikanischen Energielieferungen abhängig gemacht werden. Es ging also sehr stark um Interessen, nicht um Werte.

Was die ideologische Beurteilung Europas betrifft, so wird diese in den USA vielfach nach der eigenen politischen Position vorgenommen: Konservative sehen in den Europäern vielfach atheistische Feiglinge, die ihren Niedergang verdienen; während die Liberalen durchaus auch die in Europa erreichten sozialen Leistungen und die damit verbundene Lebensqualität anerkennen. Allerdings lassen sich folgende Fixpunkte erkennen: Europa soll nicht zu mächtig und zu eigenständig werden; die amerikanische Vorherrschaft muss gewahrt bleiben. Auf keinen Fall darf eine eigene europäische Verteidigung als Konkurrenz zur NATO entstehen. Skepsis gegenüber der eigenen europäischen Währung, dem Euro, ist in breitem Maße gegeben. Letztlich ist die Haltung zu Amerika in den einzelnen europäischen Ländern sehr stark von der eigenen Geschichte, aber natürlich auch von den eigenen Interessen geprägt. Gemeinsame Werte können dabei ausgleichend oder verstärkend wirken, aber eine gegebene Interessenslage nicht ersetzen.

6.3. Sollen die Europäer die Kriege der USA unterstützen?

Für die USA sind Kriege ein integraler Teil ihrer Außenpolitik sowie der internationalen Beziehungen. Insbesondere die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer weiteren Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. Allein in den darauffolgenden sieben Jahren ist das US-Verteidigungsbudget um 80 % gestiegen. Von den 1,6 Millionen amerikanischen Soldaten sind 500 000 im Ausland stationiert, verteilt auf 800 Militärbasen auf der ganzen Welt. Aus der Natur der Sache ergibt sich, dass ein so riesiger Apparat ständig bemüht sein muss, seine Existenz zu rechtfertigen, also Kriege zu führen.

Tatsächlich führte Amerika während der letzten Jahrzehnte Kriege immer und überall. 2001 erfolgte der Einmarsch in Afghanistan, 2003 dann die Invasion im Irak. In den darauffolgenden Jahren beteiligten sich die USA an den Kämpfen in Libyen, Syrien und im Jemen. US-Spezialeinheiten sind aber auch in Niger und Somalia, in Thailand, Jordanien und anderen Gegenden der Welt eingesetzt.

Bezeichnend ist auch eines: als Präsident Donald Trump beschloss, die US-Streitkräfte nur aus einem dieser Kriegsschauplätze, nämlich aus Syrien, zurückzuziehen, wurde er als „verantwortungsloser Isolationist“ kritisiert. Im September 2002 wurde die „National Security Strategy“ beschlossen, die als Grundlage für den weiteren „Kampf gegen den Terrorismus“ dient. Darin wird festgehalten, dass die USA im Kampf gegen den Terror nicht zögern wird, alleine und vorbeugend vorzugehen. Damit wurde der Präventivkrieg ein offizieller Teil der amerikanischen Militärstrategie.

Es werden von Washington immer wieder neue militärische Strategien entwickelt, um gegen tatsächliche oder theoretische Feinde geschützt zu sein. So trug in den letzten Jahrzehnten die Theorie von der „Revolution in Military Affairs“ dazu bei, den Glauben an die Unüberwindlichkeit der US- Streitkräfte zu stärken. Demnach ist durch den technischen Fortschritt die Zerstörungskraft der Waffen so entscheidend gesteigert worden, dass weder auf der Welt noch im Weltall irgendjemand der militärischen Macht der USA Widerstand leisten könnte. Entsprechend haben die USA noch unter Präsident Bush (Sohn) das Militärkommando „CYBERCOM“ eingerichtet, das bereits 2011 über 200 Cyberangriffe durchführte.

Dann wurde die Theorie von der Zunahme von „Irregular Warfare“ entwickelt (Center for Strategic and International Studies; Februar 2021). Demnach wenden Länder wie China, Russland oder der Iran widerrechtliche Mittel wie Hacker- Angriffe und Spionage an; Sonderkommandos und private Söldnereinheiten werden aufgestellt, um gegen US- Interessen vorzugehen. Gleichzeitig wird ausgeführt, dass die USA gegen diese Art von Angriffen sehr schlecht vorbereitet sind. Russland wird vorgeworfen, durch die Manipulation von Protestbewegungen wie Me Too oder Black Lives Matter soziale Spannungen in Amerika zu schüren. Auch China und der Iran werden beschuldigt in ähnlicher Weise gegen amerikanische Interessen vorzugehen.

Worin die Stärke der russischen Möglichkeiten bzw. die Schwächen der amerikanischen im Bereich des „Irregular Warfare“ liegen, ist nicht plausibel zu erklären, da das jährliche Verteidigungsbudget der USA zehnmal höher ist als das russische. Vielmehr wird man an den Wahlkampf von John F. Kennedy erinnert, als er massiv den angeblichen „Missile-Gap“ zur Sowjetunion anprangerte. Dann stellte sich allerdings heraus, dass das Raketenarsenal der USA tatsächlich viermal so groß war wie jenes der Sowjetunion.

Für die Europäer stellt sich die Frage, ob sie der Logik des amerikanischen „Military-Industrial Complex“, unterstützt von zahlreichen Medien, folgen sollen. Selbst heftige Kritiker von Donald Trump haben aner kennend festgestellt, dass es ihm gelungen ist, die Militärausgaben der NATO-Partner in zwei Jahren um \$ 43 Milliarden zu erhöhen; bis 2024 sollen weitere Mehrausgaben von \$ 400 Milliarden folgen.

Durch den Krieg in der Ukraine ist es gelungen, auch die wesentlichen europäischen Entscheidungsträger vollkommen in eine Politik einzubinden, die die Lösung der internationalen Probleme in mehr Rüstung sieht. Unter dem Motto „Zeitenwende“

wurde in Deutschland ein außerordentliches Rüstungsbudget von € 100 Milliarden beschlossen und Polen hat angekündigt, seine Verteidigungsausgaben zu verdoppeln. Die Europäer haben damit das amerikanische Modell übernommen, wonach es nicht genügt, Werte durch praktische Beispiele zu propagieren, sie sollten vielmehr mit militärischem Druck durchgesetzt werden.

Vielleicht wäre es auch sinnvoll gewesen, dass die Europäer verstärkt auf die „Revolution in NON-Military Affairs“ verwiesen hätten, also auf jene Veränderungen, die im Bereich des Völkerrechts und der Gesellschaftspolitik hinsichtlich der Kriegsführung stattgefunden haben. Demnach sind Kriege nicht mehr die „Verlängerung der Politik mit anderen Mitteln“, Krieg bedeutet vielmehr das Scheitern einer Politik. Heute verbietet das Völkerrecht die Anwendung von Gewalt. Kriege führen heißt, töten und zerstören. Neu daran ist, dass die Welt jetzt dabei zuschaut, Massenmedien über Kampfhandlungen direkt berichten. Die Haltung zum Heldentum hat sich geändert. Das „Feld der Ehre“ hat sich vom Schlachtfeld auf das Fußballfeld verlagert. Diese Überlegungen decken sich weitgehend mit der Erwartungshaltung der EU-Bürger, die sich von der Europäischen Union mehr Engagement bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beim Umweltschutz erwarten. Diese Erwartungshaltung sollte in den transatlantischen Dialog zumindest eingebaut werden, sobald die Euphorie über den Krieg in der Ukraine abgeebbt ist.

6.4. Gemeinsam für die Menschenrechte?

Als die Charta der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen wurde, wurde darin noch die „Souveränität der Staaten“ und die Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten hervorgehoben. Aber bereits 1948 kam es, auch auf Betreiben der Präsidenten-Witwe Eleonor Roosevelt, zum Beschluss der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, die zunächst lediglich eine Empfehlung für Mitgliedstaaten darstellte. Der 1949 gegründete Europarat hat dann für die Bürger seiner Mitgliedsländer einen besonderen Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verankert. Man könnte also glauben, Europa und die USA würden in dieser Frage gemeinsam vorgehen. Das ist im Rahmen der „Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), als es darum ging, die gemeinsamen Werte zu verteidigen, auch geschehen.

Die 1975 in Helsinki verabschiedeten Schlussakte der KSZE, die selbst von der Sowjetunion und den damals kommunistischen Ländern Osteuropas unterzeichnet wurden, haben viel bewegt. Alle Vertragsstaaten verpflichteten sich, ihren Bürgern Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Rechtstaatlichkeit zu gewähren. Tatsächlich haben dann Menschenrechts-Gruppen zum Fall totalitärer Regime nicht unwesentlich beigetragen.

Nach dem Sieg im Kalten Krieg verlangten dann wohl auch deshalb die Neokonservativen in den USA, dass in jenen Ländern, die sich gegen Amerika stellten, Bürgerrechte auch mit militärischer Unterstützung durchgesetzt würden.

Dafür wurden verschiedene Modelle wie „Regime-change“ oder „Nation-building“ ausgearbeitet.

2005 nahm die Generalversammlung der UNO sogar die Resolution „Responsibility to protect“ an: alle Mitgliedsländer sollten in Zukunft Maßnahmen ergreifen, um Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern. Das öffnete die Möglichkeit für „humanitäre Interventionen“ und trug zu einer Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik bei.

„Humanitäre Einsätze“ wurden dann von Afghanistan bis Libyen; in Somalia und auf dem Balkan durchgeführt. In der Praxis stellte sich aber heraus, dass „Nation-building“ dort kaum möglich ist, wo es nicht einmal vorstaatliche Strukturen gibt. „Regime-change“, also der Austausch von Personen an der Spitze eines Staates, musste nicht zu mehr Demokratie und Prosperität, sondern konnte auch zu mehr Chaos und wirtschaftlichen Niedergang führen, wie etwa in Somalia.

Es erwies sich auch immer wieder als schwierig herauszufinden, wie weit bei „humanitären Aktionen“ machtpolitische Überlegungen im Spiel waren. Das gilt für den „Regime-change“ in Libyen genauso wie schon vorher für die Einsätze am Balkan. Sehr klar ersichtlich wird der Vorrang der Machtpolitik, wenn bedenkenlos Waffen in Milliarden-Dollar-Höhe an Diktaturen verkauft werden, aber gegen chinesische Konzerne, die zu amerikanischen in Konkurrenz stehen, wegen Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt werden.

Die US-Justiz setzt auch immer wieder amerikanisches „Recht als Waffe“ ein, wenn es darum geht, machtpolitische oder wirtschaftliche Interessen gegen Konkurrenten durchzusetzen. Gesetze aus dem 18. Jahrhundert werden dabei genauso herangezogen wie der „Foreign Corruption Act“. Sollten die USA daran interessiert sein, in Zukunft die Menschenrechte tatsächlich gemeinsam mit Europa stärker durchsetzen zu wollen, dann wäre es angebracht, nicht nur gemeinsam vorzugehen, sondern auch die notwendigen Entscheidungen nicht einseitig zu treffen, sondern diese internationalen Gerichten zu überlassen. Die Idee der Menschenrechte wurde in Europa entwickelt und zunächst in den USA umgesetzt. Eine gemeinsame Vorgangsweise wäre auch in der Zukunft förderlich, wobei der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als Vorbild dienen kann.

6.5. Kann Russland unser Partner sein?

Schon vor dem Krieg in der Ukraine gab es kein anderes Land, gegen das die Vereinigten Staaten so viele Sanktionen verhängt hatten wie gegen Russland. Dabei wollte Donald Trump die bilateralen Beziehungen sogar verbessern. Vor allem der Vorwurf „Putin“ habe sich in die Präsidentschaftswahlen 2016 eingemischt, hat die Atmosphäre vergiftet. Die gravierendste Anschuldigung dabei lautet, russische Agenten haben versucht, die Glaubwürdigkeit des politischen Systems der USA zu untergraben. Wie auch immer. Die Frage ist nur, ob man ein politisches System noch weiter unterminieren kann, als die Amerikaner es selbst machen. Seit Jahren sprechen

sich die wichtigsten politischen Akteure gegenseitig die Legitimation für ihr politisches Handeln ab.

Dazu kommt noch der Krieg der Geheimdienste. Wenn die Bereitschaft der Europäer, weitere Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, einen Tiefpunkt erreicht hat, taucht plötzlich ein vergifteter Doppelagent auf. Kurz bevor Nord Stream2 vor der Fertigstellung steht, wird ein Oppositionsführer vergiftet. Warum dieser dann vor laufender Kamera verhaftet und verurteilt wird, damit diese Bilder die ganze Welt schockieren, weiß wohl nur die russische Bürokratie. Aber Russland war immer schon anders. Seit 1000 Jahren folgt das politische System Russlands eigenen Regeln. Wie diese plötzlich durch einen „Regime-change“ geändert werden könnten, ist wiederum ein Geheimnis, das nur die Neokonservativen in Washington kennen. Russland lässt sich nicht ein- und unterordnen wie andere früher kommunistische Länder. Russland ist nicht Albanien.

Sicherheit in Europa ohne Russland ist schwer möglich. Russland ist ein Teil unseres Kontinents, die Geografie lässt sich nicht verändern. Durch die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verhängten Sanktionen soll Russland politisch isoliert und wirtschaftlich stark geschwächt werden. Die Rückwirkungen dieser Sanktionen treffen aber auch jene Länder, die sie verhängt haben. Man hat nicht den Eindruck, dass die Europäer aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervorgehen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Aber auch die USA können nicht daran interessiert sein, dass Europa auf Dauer geschwächt wird.

Durch die im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gegen Russland verhängten Sanktionen wurde das Land in die Arme Chinas getrieben. Unter den heutigen Gegebenheiten muss man davon ausgehen, dass die Achse Moskau -Peking weiter ausgebaut wird. Ist das im Interesse des Westens, im Interesse Europas? Angesichts der zwischen Europa und Russland gegebenen Interessenslage sollte es möglich sein, in drei Bereichen die Partnerschaft wieder herzustellen: politisch, wirtschaftlich; sowie im Sicherheitsbereich.

Russland wurde 1996 Mitglied des Europarates, hat damit, so wie die anderen Mitglieder, die entsprechenden Verpflichtungen hinsichtlich der Europäischen Konvention der Menschenrechte eingegangen und konnte an den unterzeichneten Verträgen gemessen werden. Schon damals gab es Widerstand gegen die Aufnahme Russlands in den Europarat. Mit Beginn der „Spezialoperation“ gegen die Ukraine wurde Russland von der gesamteuropäischen Organisation ausgeschlossen.

Die Grundlagen der Wirtschaftspartnerschaft sind klar: Russland ist reich an Erdöl und Erdgas, das Europa benötigt. Die Länder der Europäischen Union wiederum sind in der Lage, Russland beim Aufbau jener Wirtschaftsstrukturen zu helfen, die eine moderne Volkswirtschaft braucht. Überlegungen hinsichtlich einer Sicherheitspartnerschaft müssen wohl davon ausgehen, welchen Gefahren ein Land bzw. eine Region ausgesetzt ist. Ist man gemeinsamen Gefahren ausgesetzt, ist wohl ein entsprechender Anreiz gegeben, zur Abwehr dieser Gefahren zusammen zu arbeiten. In diesem Sinne gibt es wesentliche Gründe, die für eine Partnerschaft zwischen Europa und Russland sprechen. Die USA sehen das offensichtlich anders;

ein Grund mehr, diese Fragen im Rahmen des transatlantischen Dialogs offen zu diskutieren.

6.6. Wie sollen wir uns gegenüber China verhalten?

Ursprünglich war es vor allem die von den USA vorangetriebene Globalisierung der Weltwirtschaft, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass China die zweitstärkste Volkswirtschaft der Welt geworden ist. Nunmehr wird das Reich der Mitte von den USA als „strategischer Rivale“ gesehen, ein Wirtschaftskrieg findet statt. Den Europäern wird „De-Risking“ und „De-Coupling“ empfohlen, also, sich eher aus dem China-Geschäft zurückzuziehen.. Im Jahre 2020 hat China aber erstmals die USA als wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union überholt. In diesem Jahr betrug das Handelsvolumen der EU mit China € 586 Milliarden; mit den USA waren es € 555 Milliarden. Trotz Corona- Krise stiegen die Exporte der EU nach China weiter um 2,2 % auf € 202,5 Milliarden.

Nun haben die USA 2017 in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie neuerlich betont, dass sie der Garant der internationalen Ordnung sind; Russland und China hingegen wurden als feindliche Staaten eingestuft. Dies deshalb, weil diese beiden Länder nach einer Neugestaltung der internationalen Ordnung streben, was ihnen, gemäß Washington, nicht zusteht. Tatsächlich ist in den letzten Jahrzehnten mit China eine Wirtschaftsmacht entstanden, die durchaus gewillt ist, ihren Einfluss auch machtpolitisch umzusetzen. In Washington wird diese chinesische Politik, insbesondere das Lieblingsprojekt von Präsident Xi Jinping, die „Belt and Road Initiative“, als Gefahr für die bestehende Ordnung angesehen. Auch führende Wissenschaftler vertreten die Meinung, diese Entwicklung würde auf einen Krieg zwischen den USA und China hinauslaufen.

Seitens des Westens wird vielfach argumentiert, wirtschaftliche Stärke bedeutet automatisch politische Macht. Das stimmt nicht. Schon vor Jahrzehnten wurden Europa und Amerika mit japanischen Autos und japanischer Hochtechnologie überschwemmt, ohne dass dadurch der politische Einfluss Japans entscheidend gestiegen wäre.

Donald Trump hat China einen Wirtschaftskrieg erklärt, den sein Nachfolger Biden noch intensiviert hat. Dabei geht es um wesentlich mehr als um Handelsfragen. Es geht um die Vorherrschaft in einer neuen internationalen Ordnung. Wie soll sich Europa dabei verhalten? Wird es den Europäern möglich sein, ihre eigenen Interessen zu vertreten? Da gerade die neue US-Administration betont, Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten bei politischen Konkurrenten wie China stärker betonen zu wollen, wird man das auch von Europa verlangen. Aber wie kann man bei einer alten Zivilisation, die seit Konfuzius ihrem eigenen Wertekodex folgt, eine Verhaltensänderung erreichen? Ist man bereit, unter dem Motto „Menschenrechte“ permanente Spannungen mit Peking in Kauf zu nehmen? Wo liegt die Grenze zwischen der „Verbreitung universeller Werte“ und einem getarnten Neo-Kolonialismus?

Wenn es einen Weg gibt, die Rechte der Bürger zu fördern, dann wohl den, durch die Entwicklung der Wirtschaft einen noch breiteren Mittelstand zu schaffen bzw. Institutionen wie jene in Europa als Vorbild zu präsentieren. Jedenfalls sollte die Europäische Union bemüht sein, eine neue internationale Ordnung im Rahmen von multilateralen Institutionen zu verhandeln und nicht durch gewaltsame Auseinandersetzungen erzwingen zu wollen.

Ist unter den Bedingungen, wie sie hier dargestellt wurden, eine Neugestaltung, vielleicht sogar eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen möglich?

JA! Dabei muss man aber von politischen Realitäten, auch wenn man sie kritisch sieht, ausgehen, nicht von einem erhofften Wunschdenken. Möglichkeiten bestehen sowohl im bilateralen Bereich, von Handelsabkommen über eine verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit bis zum Umweltschutz; aber auch im multilateralen Bereich, beim Aufbau einer neuen internationalen Ordnung. Vor allem aber geht es um das gegenseitige politische Verständnis und Vertrauen. Dieses darf nicht, selbst bei der Anerkennung der Führungsrolle der USA, von einer Seite dekretiert, sondern muss im Dialog erarbeitet werden.

(*) **Dr.iur. Wendelin Ettmayer**; geb.1943; aufgewachsen in Neukirchen am Walde; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at

BIBLIOGRAFIE

Jacques Baud; L'Art de la Guerre-Russe- Comment l'Occident a conduit l'Ukraine a l'Echec ; Paris 2024

Clausewitz, Carl von; Vom Krieg, 2010 RaBaKa Publishing; mit Vorwort von Patrick Horvath;

Conrad, Peter; How the World was won; London 2014;

Cox, Michael & Stokes, Doug; US Foreign Policy; Oxford 2008;

Cronin, James E.; Global Rules-America, Britain and a disordered World; 2014 Yale University;

Ettmayer, Wendelin; Europa-Russland-USA und die Krise in der Ukraine; Favorita Papers 02/ 2015;

Ettmayer, Wendelin; Alte Staaten-Neue Welt; Linz 2008;

Fonte, John; Sovereignty or Submission; New York 2011;

Richard Holbrooke; America, a European Power; in Foreign Affairs March/April 1995

Machiavelli, Niccoló; Der Fürst; 2007 RaBaKa Publishing; mit Vorwort von Patrick Hovath;

Mead, Russell Walter; God and Gold-the Making of the modern World; USA 2007;

Phillips, Kavin; American Theocracy; USA 2008;

Styn, Mark; America Alone; USA 2008

The Economist; January 20th 2024; Arming Europe-Without America Europe will struggle to arm Ukraine, or itself